

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 11.03. – 15.03.2013

Unser Projekt heißt Zukunft.
Machen Sie mit.



SPD

Inhalt

1. Gerhard Schröder in der Fraktion
2. Für eine starke Wirtschaft - Deutschland 2020
3. Bändigung der Finanzmärkte
4. Verbraucherrechte stärken
5. SPD-Konferenz zu europäischer Außen- und Sicherheitspolitik



Foto: Andreas Amann

Gerhard Schröder in der Fraktion

Schröder: "Ich bin nicht Moses."

Zehn Jahre nach dem deutschen Nein zum Irak-Krieg und zehn Jahre Agenda 2010 besuchte uns am Dienstag der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in der SPD-Fraktion.

Schröder wurde freundlich empfangen und in seiner Rede erinnerte er an die klare und mutige Haltung Deutschlands im Hinblick auf den Irak-Krieg. Die Entscheidung sei nicht einfach gewesen, aber seine Regierung sei sicher gewesen, dass es im Irak keine Massenvernichtungswaffen gab und deshalb habe man den Kurs der damaligen amerikanischen Regierung von George W. Bush abgelehnt. "Wenn es nach der damaligen Oppositionsführerin gegangen wäre, hätten deutsche Soldaten am Krieg teilgenommen und wären womöglich immer noch da", erinnerte Schröder an den denkwürdigen Auftritt Merkels in den USA. Für alle, die dazu gern [Hintergrundinformationen](#) hätten, [fügen wir ein Papier von Heidemarie Wiczorek-Zeul](#) bei.

Die Agenda 2010 habe das Land vorangebracht, aber die Reformen seien nicht in Stein gemeißelt. "Ich bin nicht Moses", sagte Schröder. Mit den Vorschlägen im SPD-Wahlprogramm zu Korrekturen der Agenda könne er gut leben. „Wenn die Grundprinzipien der Agenda, die Menschen zu fordern und zu fördern, erhalten bleiben, bin ich der letzte, der etwas dagegen hätte.“ Beispielsweise sei auch er für einen bundesweiten Mindestlohn von 8,50 Euro. Damals hätten die Gewerkschaften Mindestlöhne jedoch als Angriff auf die Tarifautonomie begriffen. "Was damals nicht gelingen konnte, muss jetzt nachgeholt werden", so Schröder. Zu den Vorwürfen Trittins, die SPD habe sich damals gegen Mindestlöhne gesperrt, empfahl Schröder alte Presseartikel nachzulesen. Dort könne man verfolgen, dass die damalige Grünen-Fraktionsvorsitzende Krista Sager apodiktisch sagte, dass es mit den Grünen keine Mindestlöhne geben werde.

Für eine starke Wirtschaft - Deutschland 2020

Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, damit unsere Wirtschaft und unser Land im Jahr 2020 gut dastehen? Dieser Frage haben wir uns als SPD-Bundestagsfraktion gestellt und im Rahmen unseres Zukunftsprojektes gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Verbänden und Unternehmen diskutiert. Am Donnerstag haben wir unseren erarbeiteten Antrag „Deutschland 2020 – Zukunftsinvestitionen für eine starke Wirtschaft“ im Plenum diskutiert ([für den Wortlaut des Antrags bitte hier klicken](#)). Darin sagen wir ganz klar: Deutschland braucht bessere Standortbedingungen. Wer mehr soziale Gerechtigkeit und ein nachhaltiges Wachstum will, der muss in Infrastruktur, Energie und Forschung investieren. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, jährlich 3 Mrd. Euro zusätzlich in die Hand zu nehmen, damit die Energiewende gelingen und unsere Infrastruktur modernisiert werden kann.

Schwarz-Gelb agiert auch in dieser Frage kopflos. Nicht nur die Energiewende leidet unter dem Missmanagement, auch bei weiteren Infrastrukturprojekten ist außer Aktionismus wenig von Merkel und ihren Ankündigungsministern und Ministerinnen zu hören. Wir wollen daher 2 Mrd. Euro mehr in die Verkehrsinfrastruktur stecken und ein „Nationales Verkehrswegeprogramm“ auf die Beine stellen. Bei der Energiewende wollen wir nicht nur den Netzausbau vorantreiben, sondern auch Anreize für mehr Energieeffizienz setzen. Flankiert werden sollen diese Maßnahmen durch mehr Bürgerbeteiligung und eine bessere Unterstützung des Mittelstandes.

Bändigung der Finanzmärkte

Wir haben dieser Ausgabe der *Aktuellen Hauptstadtinfos* den Entwurf für das SPD-Regierungsprogramm beigefügt. Ein zentrales Kapitel dieses Programms, das am 14. April auf einem Programmparteitag in Augsburg endgültig verabschiedet werden wird, ist die **Bändigung des Finanzkapitalismus**.

Gemeinsam mit den GRÜNEN hat die SPD einen Antrag mit dem Titel „Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte: Erpressungspotenzial verringern – Geschäfts- und Investmentbanking trennen“ ([hier geht's zum gemeinsamen Antrag](#)) ins Plenum eingebracht. Die Einführung eines Trennbankensystems ist schon länger ein Anliegen der SPD. Dahinter steht die Überzeugung, dass Märkte Regeln brauchen und dass das Verursacherprinzip auch für Finanzmärkte gelten muss. Immer noch werden viele Produkte in der Finanzwirtschaft weitestgehend unkontrolliert gehandelt. Damit soll Schluss sein. Außerdem soll das risikoreiche Investmentbanking vom normalen Kundengeschäft getrennt werden. Wir glauben, dass Zeitalter des Marktradikalismus ist zu Ende. Das heißt auch, dass es nicht weiter nach dem Prinzip, Gewinne in die eigene Tasche stecken aber die Verluste den Bürgern aufbrummen, gehen kann!



→ Wer sich über den gemeinsamen Antrag hinaus für unsere Forderungen zur Bändigung des Finanzkapitalismus interessiert, findet diese ab S. 12 im beigefügten Entwurf unseres Regierungsprogramms.

Verbraucherrechte stärken

Die Lebensmittelskandale der jüngsten Vergangenheit haben wieder einmal gezeigt, dass Ministerin Aigner sich nicht gerade als Anwältin von Verbraucherinnen und Verbrauchern empfiehlt. Und das, obwohl das Ergebnis eines von der Bundesregierung selbst in Auftrag gegebenen Gutachtens zur „Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher“ gezeigt hat, dass das Verbraucherinformationsrecht in Deutschland der Realität kräftig hinterherhinkt.



Mündige Verbraucher müssen sich umfassend informieren können um selber zu entscheiden, zu welchem Produkt sie greifen. Leider ist dies immer noch nicht möglich, weil die Kriterien, anhand derer wir entscheiden könnten, entweder unverständlich oder nicht gerade verbraucherfreundlich formuliert sind. Deshalb fordern wir in unserem Antrag ([für den Antrags bitte hier klicken](#)) unter anderem, gemeinsam mit den Ländern ein Konzept für eine bessere Marktüberwachung zu erarbeiten.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen unserer Meinung nach übrigens nicht nur bei Lebensmitteln transparentere Informationen erhalten. Vielmehr brauchen wir auch einen verbraucherfreundlicheren Finanz- und Gesundheitsmarkt sowie Vorschläge im Energie-Bereich und bei bezahlbaren Mieten. All diese Bereiche betreffen schließlich Jeden und Jede!

SPD-Konferenz zu europäischer Außen- und Sicherheitspolitik

Am Mittwoch fand auf Einladung der SPD eine Fachkonferenz zu Fragen der zukünftigen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik in Berlin statt. Unter der Überschrift **"Herausforderungen einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur"** legte die SPD hierbei ein klares und überzeugendes Bekenntnis zu Europa ab.

In drei bemerkenswerten Reden wurden die vielfältigen Aspekte von Sicherheit herausgestellt. Während der ehemalige Staatspräsident der Republik Polen, Aleksander Kwasniewski, eine flammende Rede über die Chancen der europäischen Erweiterung hielt, für deren Fort- und Weiterführung er sich aussprach, fokussierte Helga Schmid, die Stellvertreterin der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, ihre Rede auf die Herausforderungen integrierter europäischer Außenpolitik. **Peer Steinbrück**, der sich erstmals zu Fragen der europäischen Sicherheit öffentlich äußerte, beschrieb in seiner sehr persönlichen Rede **"Europa als ungeheure Friedensmacht"**. Ausgestattet mit großer historischer Sensibilität dankte er vor allem unseren unmittelbaren Nachbarn Frankreich und den Benelux-Staaten für ihre Weitsicht und ihre Bereitschaft, Deutschland von der ersten Stunde an in das europäische Projekt integriert zu haben. Er warnte - auch mit Blick auf die Bundeskanzlerin - sehr eindringlich davor, Europa nur auf fiskalische und ökonomische Faktoren zu reduzieren. Und er zeigte sehr klar die Bedeutung der sozialen Sicherheit für die Weiterentwicklung und vertiefte Integration Europas und damit auch der europäischen Sicherheit auf. Damit unterscheidet er sich wohltuend von der Kanzlerin, der bei allem Sparenthusiasmus der Blick auf die Folgen für die Menschen verloren gegangen ist. Und Steinbrück leistete noch mehr: mit seiner Skizze einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik als Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur zeichnete er den Weg hin zu einer europäischen Armee. Integrierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist für ihn die große Chance, auch zukünftig und bei schrumpfenden nationalen Verteidigungsetats Europas Interessen wirksam in der Welt vertreten zu können. Hier müsse sich auch die Bundeswehrreform stärker an einer europäischen Integration orientieren. Wahrhaft eine historische Rede.

Unser Tipp:

- **Planspiel Zukunftsdialog:** Wir bieten auch in diesem Jahr Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren an, die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion hautnah mit zu erleben. 2013 wird es sogar erstmals eine eigene Planspiel-Redaktion mit Nachwuchsjournalisten geben! Junge Leute, die schon erste journalistische Erfahrung mitbringen, sind aufgerufen, ein Essay zum Thema „Werden Politiker in den Medien zu schlecht dargestellt?“ zu verfassen und bis zum 5. April an johanna.agci@spdfraktion.de zu schicken. Eine Jury wählt die besten Beiträge aus und die Sieger nehmen am Planspiel vom 20. bis zum 23. April in Berlin teil!

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia